



02. Februar 2009

Wohnungspolitischer Antrag

Der Rat möge beschließen:

1. In Fortsetzung des bisherigen Handlungsprogramms Wohnen werden zusätzliche Anstrengungen unternommen, dem Rückgang des Sozialwohnungsbestands zu begegnen. Hierzu werden in einem ersten Schritt kurzfristig geeignete, in städtischem Eigentum befindliche Grundstücksflächen für den Geschosswohnungsbau bereitgestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung innerstädtischer Flächenpotenziale sowie ausgewiesener Baugebiete in den Stadtteilen einen Vermarktungsplan zu entwickeln. Im nächsten Schritt sind die Maßnahmen der Stadtentwicklung und Stadtplanung darauf zu konzentrieren, zusätzliche Wohnbauflächen für den Geschosswohnungsbau auf marktgerechten Flächen und innerhalb der Siedlungsbestände zu aktivieren. Auch sind die Potenziale zur Erhöhung des Wohnungsbestandes durch Umwandlung im Bestand zu nutzen. Die Verwaltung wird beauftragt, dies in einem Maßnahmenplan darzustellen.

2. In bestehenden Quartieren, in denen durch die hinzukommende Bebauung relevante Spannungen entstehen können, soll zunächst projektbezogen und probeweise ein begleitendes Quartiersmanagement eingerichtet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu eine Projektskizze vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für Haushalte mit besonderen Marktzugangshemmnissen ein Konzept zu entwickeln, das Maßnahmen und Instrumente aufzeigt, diesen Personen angemessenen Wohnraum zu verschaffen. In diesem Konzept sind die zur Umsetzung erforderlichen Ressourcen aufzuzeigen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein qualifiziertes Beratungsangebot der Stadt Münster, ggf. in Kooperation mit einem externen Partner, zur Realisierung innovativer bzw. alternativer Wohnformen zu intensivieren. Insbesondere sollen gemeinschaftliche Wohnformen und genossenschaftliches Wohnen gefördert werden. Auch hier sind die erforderlichen Ressourcen darzustellen.

Begründung:

Mit dem Beschluss zum Handlungsprogramm Wohnen im Jahr 2005 (HPW 2005) ist die Strategische Wohnstandortentwicklung als Handlungsfeld in der Stadtpolitik verankert. Zur Sicherung der Attraktivität der Stadt Münster wird sich städtische Wohnungspolitik künftig noch stärker an den Erfordernissen der strategischen Wohnstandortentwicklung ausrichten müssen, die ein fördernder und entwickelnder Faktor der Stadtentwicklung auch angesichts des demographischen Wandels ist.

Die Koalition hat ihre Wohnungspolitik in den letzten Jahren konsequent an der Nachfrage durch die Bürger ausgerichtet. Neben dem weiterhin nötigen Angebot von Einfamilien- und Reihenhausesgrundstücken für Familien aller Einkommensklassen sind Angebote für den frei-finanzierten und sozialen Mietwohnungsbau zu schaffen. In den vergangenen Jahren wurden bereits wichtige Schritte getan. So konnte im geförderten Mietwohnungsbau in den Jahren



2006 und 2007 die Zahl der geförderten Wohneinheiten gegenüber den Vorjahren deutlich gesteigert werden. Diese Entwicklung soll verstärkt werden. Hierbei kommt der Stadt und ihrer städtischen Tochter Wohn- und Stadtbau vor allem die Aufgabe zu, Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Wohnungsversorgung zu ergreifen, um den rückläufigen Zahlen bei den Sozialwohnungsbeständen zu begegnen.

Neben kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen, wie der Bereitstellung geeigneter städtischer Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau, muss sich ein mittelfristiger Maßnahmenplan anschließen. Die Anzahl und Größe der verfügbaren Flächen im Eigentum der Stadt Münster reicht bei weitem nicht aus, die erforderliche Zahl an neuen Wohnungen zu schaffen. Daher sind in die weitere Planung auch nichtstädtische Flächen mit einzubeziehen. Für die Flächenbereitstellung kommen nicht nur freie Flächen in Betracht, sondern auch brachliegende und oder umzuwandelnde Flächenressourcen. Der Grundsatz sparsamen Flächenverbrauchs gilt auch hier. Im interfraktionellen Arbeitskreis ist deutlich geworden, dass direkte Maßnahmen der Stadt, durch Dritte auf nichtstädtischen Flächen sozialen Wohnungsbau oder freifinanzierten Mehrfamilienhausbau realisieren zu lassen (z. B. im Rahmen von städtebaulichen Verträgen), wenig zielführend sind. Das Prinzip der freiwilligen Mitwirkung Dritter soll auch künftig gelten. In den Maßnahmenplan sind indirekte und unmittelbare Maßnahmen zur Schaffung begünstigender Rahmenbedingungen aufzunehmen. Hierzu zählt neben der Verträglichkeit von Wohnungen und Wohnenden im Quartier auch die Attraktivität der Standorte sowohl für die Investoren als auch für die künftigen Bewohner. Beispielhaft sei hier die zentrale Lage in einem Stadtteil mit ausreichender Infrastruktur genannt.

Wo durch das Entstehen neuer Wohnbebauung Spannungen in etablierten Quartieren zu besorgen sind, ist zunächst projektbezogen ein begleitendes Quartiersmanagement zu erproben. Dieses Quartiersmanagement soll durch frühzeitiges Handeln Transparenz sicherstellen und Beteiligung der Betroffenen gewährleisten.

Die Arbeit im interfraktionellen Arbeitskreis zur Wohnungspolitik hat deutlich gemacht, dass vor dem Hintergrund eines eher hohen Mietniveaus in Münster und eines nach wie vor anhaltenden Schrumpfungsprozesses im Mietwohnungsbestand mit auslaufenden Mietpreis- und Belegungsbindungen der Neubau geförderter Mietwohnungen alleine nicht ausreicht, die Wohnraumversorgung einkommensschwächerer münsterscher Haushalte sicherzustellen. Daneben sind weitere Maßnahmen nötig und Instrumente zu entwickeln, die das Ziel der Versorgung unterstützungsbedürftiger Menschen in Münster mit angemessenem Wohnraum erreichen helfen. Für am Mietwohnungsmarkt besonders benachteiligte Menschen ist ein neues Belegungs- und Betreuungsmanagement zu entwickeln, das nicht nur durch einzel-fallorientierte Hilfen individuelle Vermittlungshemmnisse (überdurchschnittliche mieterbedingte Risiken beim Vermieter) abbildert, sondern auch durch nachgehende Betreuung Störungen des Mietverhältnisses beseitigen hilft. So können heute kaum vermittelbare Haushalte in stabile Mietverhältnisse gebracht werden.

Ein weiterer Mosaikstein ist die Unterstützung innovativer bzw. alternativer Wohnformen. Die Verwaltung soll hierzu insbesondere das gemeinsame Wohnen von Menschen anstelle der Vereinzelung und genossenschaftliche Wohnformen - auch zur Eigentumsförderung einkommensschwacher Haushalte – unterstützen und fördern.

Gez. H.-Dieter Sellenriek
CDU-Fraktion

Gez. Carola Möllemann-Appelhoff
FDP-Fraktion



**Fraktionsgemeinschaft
im Rat
der Stadt Münster**



Politik, die aufgeht. ödp.

Münster, 10.02.2009

Antrag an den Rat der Stadt Münster

Zu: Flächenfraß vermeiden, Landschaft bewahren, Geld sparen!

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum Frühjahr 2009 ein Projekt zum kommunalen Flächenmanagement in bereits erschlossenen Gebieten mit dem Ziel zu erarbeiten, neue Siedlungsflächen durch das Schließen von Baulücken, Neu- und Wiederbebauung von Brachen, Nachverdichtung, Aufstockung, etc. zu entwickeln. Die dem Antrag beigefügten Listen und Karten sind zwar umfassend, aber nicht abschließend. Erwartet wird die Darstellung der kurz-, mittel- und langfristig realisierbaren Wohn- bzw. Bruttogeschossfläche.

Begründung:

1. Eine Nachverdichtung in bereits erschlossenen Gebieten trägt den Bedürfnissen einer sich wandelnden Gesellschaft Rechnung, indem alle Arten von Infrastruktur in gewachsenen Wohngebieten bereits vorhanden, bzw. auf kurzen Wegen erreichbar sind.
2. Während nach Angaben des Rates für nachhaltige Entwicklung bei der Bundesregierung vom 03.07.08 die öffentlichen Aufwendungen für Investitionen und Unterhaltung neu zu erschließender Flächen zwischen 25.000 € und 47.000 € je Wohneinheit liegen, betragen sie bei der Innenentwicklung lediglich gut 1.000 €. Das Öko-Institut Freiburg hat in einer Studie allein für die Stadt Freiburg ein Potenzial von rund 230 ha Fläche errechnet, die für eine Bebauung aktiviert werden könnten.
Ein ähnliches Ergebnis wäre für Münster bei einer etwa doppelt so großen Fläche und einer um 30% höheren Bevölkerung zu erwarten.

Fraktionsgemeinschaft UWG-MS/ödp

gez. Fritz Pfau

gez. Gerd Kersting

gez. Hannelore Wiesenack-Hauß

Fraktionsvorsitzender:
stellvertretender Fraktionsvorsitzender:
Fraktionsgeschäftsstelle:

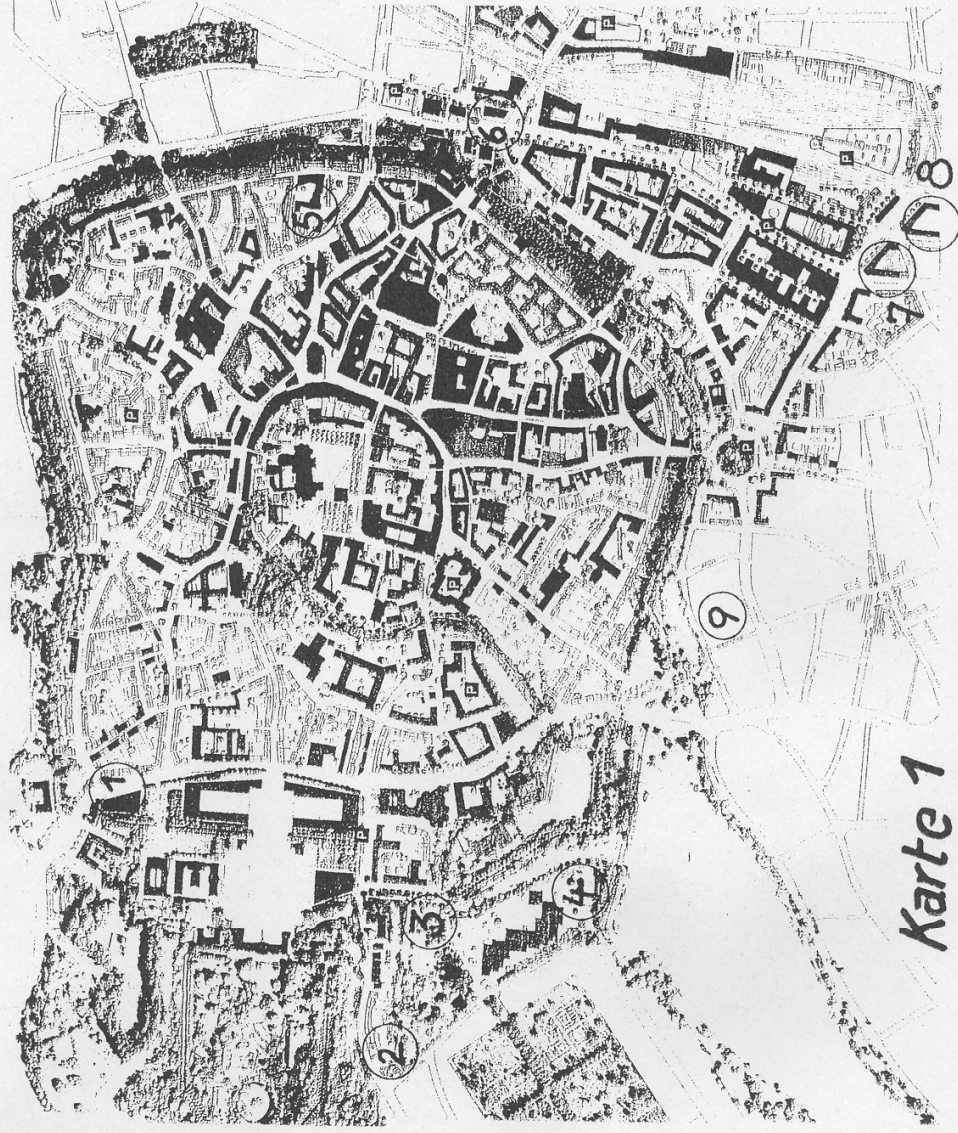
Fritz Pfau
Gerd Kersting
Junkerstraße 3, 48153 Münster

fraktion.uwg-oedp@citykom.net

Freie Kapazitäten in erschlossenen Baufeldern im Bereich des
Altstadtrahenplanes:
hierzu siehe Karte 1

1. Kalkmarkt
2. Neuordnung städt. Liegenschaften Hüfferstr. / Himmelreichallee
3. ehemaliges Lindenhofgelände
4. bisher ungebrautes LBS-Hochhaus im B.Pl. Nr.: 125
5. Nachfolgenutzung Schlaungymnasium
6. Wolbecker-/ Eisenbahn-/ Friedrichstraße
7. Überbauung Buswarteplatz Leostraße
8. Dammstraße / Friedrich-Ebert-Straße
9. Tennisplatz Moltkestraße

Kartengrundlage ist der Plan auf Seite 41 des „Rahmenplans Münster-Altstadt“



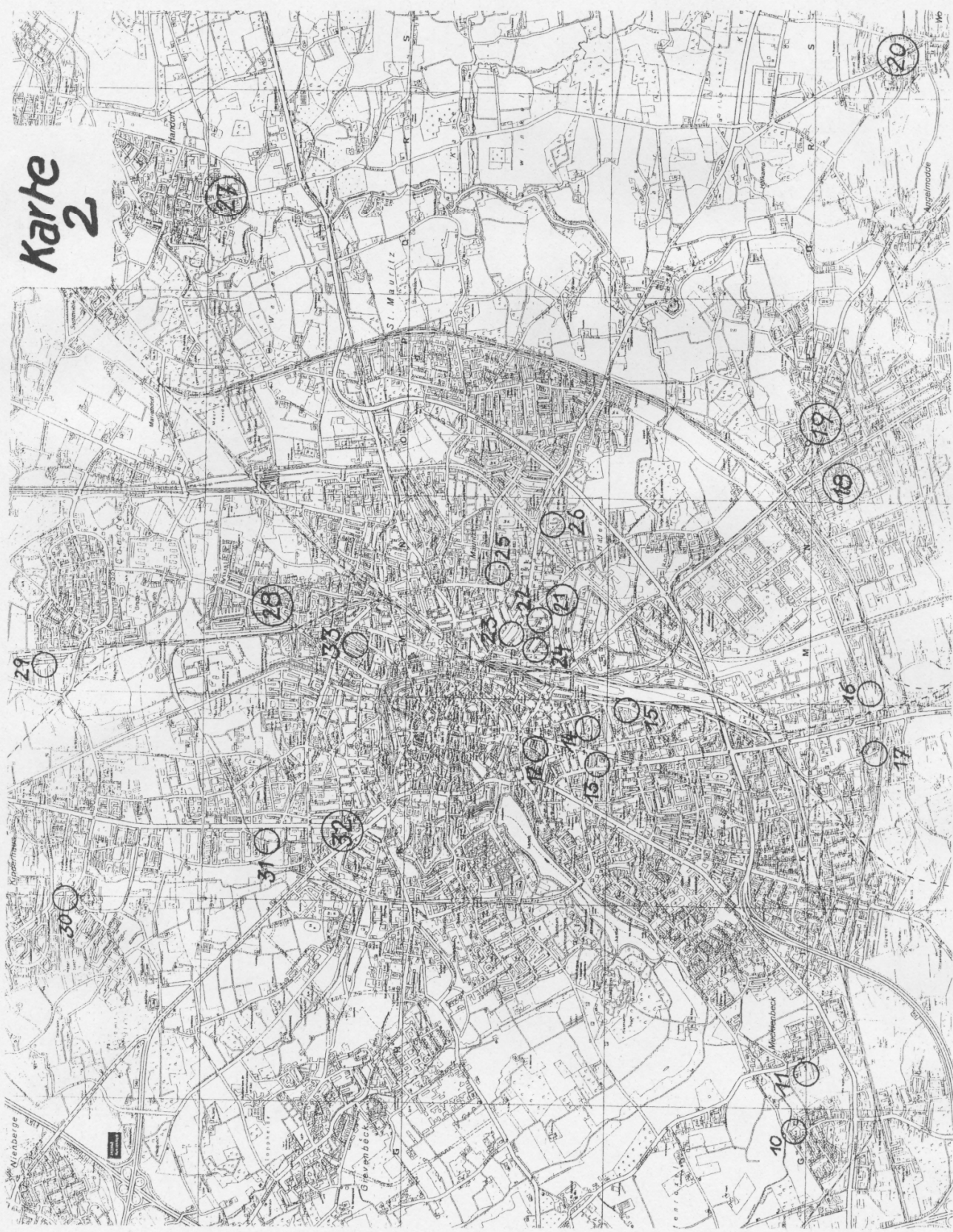
Freie Kapazitäten in erschlossenen Baufeldern

In sonstige Stadtquartieren:

hierzu siehe Karte 2

10. Kirchwiese“ Mecklenbeck
11. Neues Zentrum Mecklenbeck
12. Kfz-Werkstatt Hammer Str. / Goebenstr.
13. Kfz-Werkstatt Kurze Str.
14. ehem. Schule Kronprinzenstr.
15. Verschieden Liegenschaften beiderseits der Fr.-Ebert-Str.
16. Städt. Liegenschaft Trauttmansdorffstr. / gegenüber Siemensstr.
17. Liegenschaft Alichmann Trauttmansdorffstr. / Am Berg Fidel
18. Kaserne Gremmendorf
19. Nachverdichtung Gremmendorf
gemäß Studie aus 2000: „Wohnen im Bestand“
20. Nachverdichtung Wolbeck-Nord
gemäß Studie aus 2000: „Wohnen im Bestand“
21. Stadthafen
22. Nachfolgenutzung Lebensmitteleinzelhandel Hansaring
23. Nachfolgenutzung Lebensmitteleinzelhandel Wolbecker Str.
24. Nachfolgenutzung Aschendorff
25. Nachfolgenutzung Lufttransportkommando Manfred-von-Richthofen-Str.
26. Nachfolgenutzung Gasthaus Homann und Nachbarflächen
27. Nachverdichtung Handorf gemäß Studie aus 2000: „Wohnen im Bestand“
28. Nachverdichtung Rumphorst gemäß Studie aus 2000: „Wohnen im Bestand“
29. Freie Kapazitäten in der Speicherstadt Coerde
30. Zentrumserweiterung Kinderhaus
31. Freie Kapazitäten im Germania Campus
32. Freie Kapazitäten in den Quartieren Grevenor-/ Steinfurter Str. und Schulstr.
33. Goldstraße: „Alt – Neu“

Karte 2



23.08.2006

Antrag

„Preiswerten Wohnraum in Münster schaffen – Einkommensschwache Haushalte und den Haushalt der Stadt



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Bremer Str. 54
48155 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion@muenster.de
www.gruene-muenster.de

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung zeitnah ein Konzept vorzulegen, die Anzahl preiswerter Wohnungen in Münster deutlich auszuweiten durch:

1. Vereinbarungen zur Sicherung von Belegungsrechten, Kooperationen und Absprachen mit den Wohnungsunternehmen
2. Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten zum Neubau preisgebundenen Wohnraums
3. Erweiterung der Handlungsstrategien (Erwirtschaftung von Mitteln) und Ausbau des Engagements der Wohn- und Stadtbau im Segment preiswerten Wohnraums
4. Verstärkte Ausweisung von Flächen für den Mehrfamilienwohnungsbau
5. Nachverdichtung und Umbau im Bestand
6. Verstärkte Bemühungen um eine qualitative Anpassung von Wohnraum an den Bedarf von Menschen mit Unterstützungsbedarf durch die Verzahnung mit erschwinglichen Service- und Betreuungsleistungen
7. Verstärkte Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements für andere Wohnformen u.a. durch eine gezielte Unterstützung und Beratung bei der Suche nach geeigneten Liegenschaften, Finanzierungsmodellen, finanziellen Förderungen und Kooperationspartnern
8. Unterstützung von Initiativen zur Gründung von Wohnungsgenossenschaften (Vermittlung von Finanzierungsmöglichkeiten, Beratung [auch durch SK MLO] etc.)

9. Erhalt preiswerten Wohnraums für die Zielgruppe der Menschen in Wohnungsnotständen und mit Bedarf nach Einfachwohnraum (wie z.B. am Rigaweg)
10. Schaffung eines Angebotes von Einfachwohnraum für Wohnungslose und Wohnungsnotfälle im Umfang von ca. 5 Wohnungen
11. Beratung und Unterstützung privat gemeinnütziger Initiativen zur Versorgung älterer wohnungsloser Menschen (z.B. bei Grundstücksakquise etc.)
12. Im Rahmen dieses Handlungskonzeptes werden auch die Handlungsmöglichkeiten der Stiftungen geprüft

Begründung:

Schon das Handlungsprogramm Wohnen V/0351/2005 hat verdeutlicht, dass es einen dringenden Handlungsbedarf im Bereich der sozialverantwortlichen Wohnungsversorgung in Münster gibt. Der Teilmarkt des preisgebundenen Mietwohnungsbestands umfasst danach derzeit ca. 11.500 Wohnungen, das sind ca. 8% des gesamten Wohnungsbestandes. Bis zum Jahr 2016 wird dieser Bestand aufgrund auslaufender Sozialbindungen auf 7000 Wohnungen schrumpfen. Bereits bis zum Jahr 2009 entfallen ca. 3440 Wohnungen aus dem Bestand mit gesetzlichen Bindungswirkungen.

Insbesondere im Bereich des Wohnungsangebotes für Alleinstehende ist der Handlungsdruck in Münster besonders groß, da hier ein hoher Marktdruck und Verdrängungswettbewerb durch die hohe Anzahl von Studenten und Auszubildenden, von älteren Menschen und von Erwerbslosen besteht. Das statistische Landesamt hat unlängst bekannt gegeben, dass die Anzahl Alleinlebender in Münster und Aachen in NRW an der Spitzenposition steht.

Auch viele Haushalte mit Erwerbseinkommen, hier insbesondere auch junge Familien, verfügen häufig über ein finanzielles Budget knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus, sodass das insgesamt sehr hohe Mietpreisniveau in Münster einen ernsthaften Grund darstellt, nicht in Münster zu wohnen, sondern z.B. in Nachbargemeinden zu wechseln. All diese Faktoren sind auch für die demografische Entwicklung und die Zukunft Münsters nachteilig.

Das Handlungsprogramm Wohnen zählt folgende Zielgruppen in Münster auf, die dringend auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind:

- Alleinstehende (Wohnungslose, Arbeitssuchende sowie StudentInnen und Auszubildende)
- Menschen im Alter

- Ausländische Familien (insb. Kinderreiche)
- Überschuldete Haushalte
- EmpfängerInnen von SGB II/SGB XII Leistungen
- Personen mit besonderen psychosozialen Problemen

Die Wohn- und Stadtbau (W+S) verweist in ihrem Jahresbericht auf einen Leerstand von 2 Wohnungen aufgrund von Modernisierungsbedarf bei einer Warteliste von 3000 Interessenten. Ein Wechsel im Wohnungsbestand findet kaum statt. In 2005 hat die W+S Euro 1,4 Mio. an den städtischen Haushalt abgeführt (in 2004 waren es 2 Mio.). Mit dem Vorhaben der Starterhäuser will die Wohn- und Stadtbau einen richtigen Weg gehen, doch darf dies nicht der einzige Ansatz sein.

Die Situation in Münster wird durch das Vorhaben der Landesregierung, den Wohnungsbestand der Landes-Entwicklungs-Gesellschaft (LEG) zu veräußern, noch einmal drastisch verschärft. In Münster sind von dieser geplanten Veräußerung 6.031 Haushalte betroffen. Die LEG hält 50 Prozent der Anteile an der WGM (Wohnungsgesellschaft Münsterland) sowie über 90 Prozent an der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Nordwestdeutschland (GWN) mit Sitz in Münster.

Die Stadt Münster hat im Jahr 2005 41,3 Mio. € für die Mietkosten von 10.289 SGB II Beziehenden Haushalten aufbringen müssen. Diese Kosten werden für das Jahr 2006 voraussichtlich um weitere 8 Mio. steigen, da die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II kontinuierlich weiter gestiegen ist.

Mit dem Gutachten von Rödl & Partner wurde unlängst aufgezeigt, dass eine wesentliche Ursache der im NRW Vergleich überdurchschnittlich hohen Kosten für die KdU der in Münster ausgesprochen niedrige Anteil geförderten Wohnraums ist. So lag danach in Münster der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen bei 7,8% und damit weit hinter Städten wie Aachen oder Bielefeld, aber auch unterhalb der Stadt Bonn mit 8,6%. Folgerichtig können in Münster daher auch nur 34% der wohnungssuchenden und berechtigten Haushalte mit einer Sozialwohnung versorgt werden, in Bonn werden immerhin 45% der Haushalte abgedeckt. Neben einem verstärkten Engagement für mehr Arbeitsplätze stellt die Versorgung mit preiswertem Wohnraum deshalb eine wichtige Handlungsstrategie auch zur Senkung der Kosten der Stadt Münster dar.

Der Bericht zur aktuellen Situation im Bereich „Alleinstehender Wohnungsloser und Familien in Wohnungsnotsituationen“ V/0256/2006 verweist auf 450 alleinstehende Wohnungslose, davon derzeit 48 alleinstehenden Männern die befristet in privatem Wohnraum eingewiesen wurden und denen bald Wohnungsalternativen angeboten werden müssen. Gerade im Bereich der Wohnungssicherung und der Vermeidung von Wohnungslosigkeit ist ein Angebot von einfachem, funktionalem

Wohnraum unerlässlich. Fehlt dieser Wohnraum werden aufwändige und betreuungsintensive Hilfsangebote der Wohnungslosenhilfe von weniger hilfsbedürftigen Wohnungssuchenden genutzt.

gez. Maria Klein-Schmeink
gez. Helga Bennink
gez. Wilhelm Breitenbach
gez. Christof Hoffmann
gez. Manfred Kehr

gez. Hery Klas
gez. Jutta Möllers
gez. Jörn Möltgen
gez. Carsten Peters
gez. Tim Rohleder

gez. Ilse Schleef
gez. Claudia Scholz
gez. Dr. Rita Stein-Redent
gez. Brigitte von Schoenebeck

Antrag

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



31.10.2006

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
mail: spdfrak@muenster.de
Internet: www.spd-muenster.de

Münster für alle: Preisgünstigen Wohnraum für Alt und Jung schaffen!

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Um der angespannten und sich voraussichtlich weiter verschärfenden Situation auf dem Teilmarkt der preisgünstigen Wohnungen zu begegnen, wird die Verwaltung beauftragt, folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Deutliche und möglichst schnelle Ausweitung des Angebots an geeigneten baureifen und verfügbaren Grundstücken für den Mehrfamilienwohnungsbau (mit Vorrang für Mietwohnungen) - insbesondere in integrierten innerstädtischen und innenstadtnahen Lagen.
2. Prüfung und Einleitung planungsrechtlicher und/oder liegenschaftlicher Schritte zu folgenden städtischen Grundstücken bzw. Immobilien für die Bebauung mit Mehrfamilienhäusern bzw. die Umnutzung im preisgünstigen Wohnungssegment (mit Vorrang für Mietwohnungen):
 - Eckgrundstück Steinfurter Straße/Yorkring (ehemaliges TÜV-Gelände): Schwerpunkt preisgünstiges Wohnen.
 - Grundstück und Gebäude Hafenstraße Nr. 6 - 8: Schwerpunkt preisgünstiges Wohnen für junge Familien und für Studierende.
 - Eckgrundstück Steinfurter Straße/Catharina-Müller-Straße: Schwerpunkt preisgünstige Kleinwohnungen für alte und für junge Menschen.
 - Gebäude Von-Steuben-Straße 4 - 6 sowie 8: Schwerpunkt preisgünstiges Wohnen.
3. Prüfung der im Zuge des Abzugs der britischen Streitkräfte absehbar frei werdenden rund 850 Wohneinheiten in Gremmendorf, Coerde und Gievenbeck auf ihre Verfügbarkeit als preisgünstiger Wohnraum für Familien (sowohl im Falle einer ggf. notwendigen Neubebauung wie des Erhalts der vorhandenen Häuser).

4. Bericht an den Rat der Stadt zur Vermarktungssituation von Mehrfamilienhausgrundstücken in den Neubaugebieten der Außenstadtteile in den Jahren 2000 bis 2005 sowie Erarbeitung von Handlungsvorschlägen mit dem Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum auch in den Außenstadtteilen zu vergrößern.
5. Bericht an den Rat der Stadt zur Entwicklung und aktuellen Situation in Münster in dem Wohnungssegment, der für die Wohnraumversorgung obdachloser Menschen geeignet ist. Darauf aufbauend zielgruppenorientierte Handlungsvorschläge zur Verbesserung der Lage.
6. Prüfung, ob ehemals gewerblich genutzte Flächen (z.B. langfristig leer stehende Ladenlokale und Büroräume) für wohnwirtschaftliche Zwecke genutzt werden können und entsprechende Beratung der jeweiligen Hauseigentümer.

Begründung:

Angesichts der dramatischen Verknappung des preisgebundene Wohnungsangebot in Münster von 19.500 Wohnungen in 1985 auf aktuell 11.000 (7,6 % aller Wohnungen) und auf voraussichtlich 7.000 Wohnungen im Jahre 2016 muss endlich entschieden gegengesteuert werden. Die bislang vorgesehenen bzw. eingeplanten Zuwächse im Rahmen der Neubauförderung reichen bei weitem nicht aus, die enormen Verluste an Sozialbindungen in den kommenden Jahren auszugleichen. Zusätzlich wird sich durch den von der schwarz-gelben Landesregierung geplanten Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) mit ihren großen Wohnungsbeständen die Situation in Münster absehbar weiter verschärfen.

Um neue Impulse zu setzen, bedarf es nach Auffassung der SPD-Ratsfraktion insbesondere einer gezielten Grundstücksmarktpolitik, die Investoren baureife Grundstücke vor allem in sogenannten „integrierten Lagen“ anbietet. Es erscheint daher dringend geboten, die Prioritäten der liegenschaftlichen Angebotspolitik in diese Richtung zu verändern. Darüber hinaus sollte die Stadt Münster auch ihren eigenen Gebäudebestand - soweit zur Veräußerung anstehend - auf eine mögliche Umnutzung in Richtung eines preiswerten Wohnungsangebotes überprüfen und entsprechende Vorschläge entwickeln. Selbstverständlich sollte die Wohn+Stadtbau hier einbezogen werden.

Zu den genannten Einzelgrundstücken: Das seinerzeitige Vermarktungsverfahren zur Vergabe des unbebauten städtischen Grundstücks an der Ecke Steinfurter Straße/Yorkring (ehemaliges TÜV-Gelände) ist am 31.12.2005 mit negativem Ergebnis beendet worden (Hochhausprojekt „York-Tower“). An diesem Standort ist nun wegen der dringenden Notwendigkeit weiterer innerstädtischer Wohnangebote eine Wohnbebauung - mit zusätzlichen untergeordneten Dienstleistungsfunktionen - sinnvoll. Der städtebaulichen Verträglichkeit einer Neubebauung sollte u.a. mit Blick auf das Erschließungskonzept sowie die Höhenentwicklung besondere Beachtung geschenkt werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die bislang vorgesehene Straßenrandbebauung entlang von Steinfurter Straße und Yorkring beibehalten werden soll.

Das Gebäude Hafenstraße 6 – 8 ist im überwiegenden Eigentum der Stadt und wird derzeit nur provisorisch bzw. überwiegend gar nicht genutzt. Aufgrund der günstigen innerstädtischen Lage ist eine Nutzung des Standorts für studentisches Wohnen und/oder für preiswertes Wohnen für junge Familien vorstellbar. Es ist daher unter Beteiligung der Wohn+Stadtbau zu prüfen, ob ein Umbau des Gebäudes oder eine Neubebauung für Wohnzwecke an diesem Standort machbar ist. Zu prüfen ist auch, ob eine Umnutzung auch ohne den Teil des Gebäudes möglich ist, der derzeit noch im Eigentum einer Erbgemeinschaft steht (Viktoriastraße 2).

Das unbebaute städtische Grundstück an der Ecke Steinfurter Straße/Catharina-Müller-Straße zeichnet sich u.a. durch die Nähe zur City, die gute ÖPNV-Anbindung und die direkte Nachbarschaft zu Dienstleistungsangeboten in den Bereichen Gesundheit und Einzelhandel aus. Daher wäre an diesem Standort eine Neubebauung mit Geschosswohnungsbau zu prüfen mit dem Ziel, preiswerte Kleinwohnungen in der Innenstadt für alte und für junge Menschen anzubieten. Das Wohnungsangebot für alte Menschen in der Innenstadt darf sich nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht auf teure „Senioren-Residenzen“ verengen. In diesem Zusammenhang sollte die Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung Münster gesucht werden.

Die beiden städtischen Bürogebäude Von-Steuben-Straße 4 – 6 sowie 8 stehen seit zwei Jahren leer und sollen veräußert werden. Aufgrund des insbesondere in der Innenstadt fehlenden preiswerten Wohnungsangebots sollte unter Beteiligung der Wohn+Stadtbau intensiv geprüft werden, ob ein Umbau der Gebäude oder eine Neubebauung für Wohnzwecke an diesem Standort machbar ist.

Die britischen Soldatenfamilien nutzen derzeit in den Stadtteilen Gremmendorf, Coerde und Gievenbeck rund 850 Wohneinheiten, vorwiegend in Einfamilienhäusern. Deren Übergang auf den freien Wohnungsmarkt muss nicht zuletzt in seinen Konsequenzen für die städtische Wohnungs- und Bauflächenpolitik intensiv geprüft werden. Aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt ist von der Stadt vor allem darauf hin zu wirken, dass hier preiswerte Wohnmöglichkeiten für junge Familien angeboten werden können.

Für die zukünftige zivile Nutzung der beiden insgesamt 77 ha großen britischen Kasernen in Gremmendorf und Gievenbeck ist - möglicherweise auf der Grundlage von städtebaulichen Ideenwettbewerben und Machbarkeitsstudien - zunächst eine Rahmenplanung zu entwickeln, die sowohl gesamtstädtische Anforderungen berücksichtigt, als auch die besonderen Bedürfnisse und Entwicklungsbedingungen der beiden betroffenen Stadtteile aufnimmt. In diesem Zusammenhang sollte wohnungspolitischen Anforderungen besondere Beachtung geschenkt werden.

Zur kommunalen Verantwortung in der Wohnungspolitik zählt auch die angemessene Bereitstellung eines ausreichenden Angebots für von Obdachlosigkeit betroffene Bürger. Hierzu sollte dem Rat baldmöglichst ein Bericht vorgelegt werden, der Aufschluss gibt zur Entwicklung der letzten Jahre sowie zur aktuellen Situation. Darauf aufbauend möge die Fachverwaltung Handlungsempfehlungen vorlegen, die für die Zukunft zufriedenstellende Entwicklungsperspektiven eröffnet.

Vielfach ist in unterschiedlichen Wohngebieten zu beobachten, dass vor allem kleinere Ladenlokale (aber auch Büroräume) nicht mehr fortgeführt werden und dann über Jahre hinweg leer stehen. Hier wäre eine Änderung in Richtung Wohnnutzung

häufig der bessere Weg – der von Seiten der Stadt im Rahmen von Information und Hilfestellung begleitet werden sollte.

Wolfgang Heuer
Beanka Ganser
Alexander Bercht
Anika Bergner
Philipp Gabriel
Anne Hakenes
Marianne Hopmann

Ralf Hubert
Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Udo Reiter
Moritz von Schmeling
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsen
Holger Wigger

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0054/2006

Antrag

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



05.12.2006

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
mail: spdfrak@muenster.de
Internet: www.spd-muenster.de

**Preiswertes Wohnen in der City -
Neubebauung an Hörsterstraße / Korduanenstraße / Steingasse**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Um der angespannten und voraussichtlich sich weiter verschärfenden Situation auf dem Teilmarkt der preiswerten Wohnungen insbesondere in innerstädtischen Lagen zu begegnen, wird die Verwaltung beauftragt, folgende Maßnahmen einzuleiten:

Prüfung und Einleitung der planungsrechtlichen und liegenschaftlichen Schritte mit dem Ziel einer Neubebauung mit Mehrfamilienhäusern (bei Vorrang für Mietwohnungen) für das derzeit noch als Parkplatz genutzte Areal im Bereich Hörsterstraße / Korduanenstraße / Steingasse.

Begründung:

Angesichts der allgemein für die Zukunft erwarteten dramatischen Verknappung des preisgebundenen Wohnungsangebots in unserer Stadt muss nach Auffassung der SPD schnell und entschieden gegengesteuert werden. Um neue Impulse zu setzen, bedarf es insbesondere einer gezielten Liegenschaftspolitik der Stadt, die baureife Grundstücke vor allem in innerstädtischen Lagen entwickelt und interessierten Investoren anbietet.

Das Areal zwischen Korduanenstraße, Steingasse und der Häuserzeile an der Hörsterstraße wird derzeit als Parkplatz genutzt und hat einschließlich Nebenanlagen eine Größe von insgesamt etwa 8.700 qm; davon stehen ca. 6.500 qm im städtischen Eigentum. Angesichts der umliegenden Wohnbebauung, der fußläufigen Nähe zu den zentralen Einkaufs- und Dienstleistungsangeboten der City sowie der hervorragenden Anbindung an den ÖPNV bietet sich dieser Standort für eine Neubebauung mit Geschosswohnungsbau an - mit dem Ziel, einen möglichst großen Anteil an preiswerten Wohnungen anzubieten. Die Durchführung eines Architektenwettbewerbs ist zu prüfen. Das an diesem Standort wegfallende öffentliche Stellplatzangebot soll durch den Neubau eines Parkhauses am Alten Steinweg ausgeglichen werden.

Wolfgang Heuer
Alexander Bercht
Anika Bergner
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Marianne Hopmann
Ralf Hubert
Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling

Karsten Rahn
Moritz von Schmeling
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsen
Holger Wigger



Antrag

20.03.2007

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
mail: spdfrak@muenster.de
Internet: www.spd-muenster.de

**Preiswertes Wohnen in der City –
Grundstück an der Steinfurter Straße / Catharina-Müller-
Straße zur Verfügung stellen**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Um der angespannten und voraussichtlich sich weiter verschärfenden Situation auf dem Teilmarkt der preiswerten Wohnungen insbesondere in innerstädtischen Lagen zu begegnen, wird die Verwaltung beauftragt, das Eckgrundstück Steinfurter Straße / Catharina-Müller-Straße umgehend für eine Bebauung zur Verfügung zu stellen sowie die entsprechenden planungsrechtlichen Schritte einzuleiten. Schwerpunkt sollen preiswerte Kleinwohnungen für alte und junge Menschen sein.

Begründung:

Der in 2006 in den Rat eingebrachte SPD-Antrag „Münster für alle: Preiswerten Wohnraum für Alt und Jung schaffen“ sieht eine deutliche und möglichst rasche Ausweitung des Angebots an geeigneten baureifen und verfügbaren Grundstücken für den Mietwohnungsbau im preiswerten Marktsegment in innerstädtischen bzw. innenstadtnahen Lagen vor. Hierbei ist auch der Bestand an städtischen Liegenschaften im Hinblick auf die Verwertung für wohnungspolitische Zwecke zu prüfen. Auch das städtische Gebäude Hafenstraße 6 – 8 sollte in den Prüfauftrag miteinbezogen werden. Da dieses Gebäude nunmehr für die Nutzung durch das Sozialamt vorgeschlagen wird, sind weitere Flächen und Objekte kurzfristig und mit Nachdruck auf den Verwendungszweck „Schaffung preiswerten Wohnraums“ zu prüfen. Das im städtischen Eigentum befindliche Grundstück Steinfurter Straße / Catharina Müller Straße soll daher umgehend für eine Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden. Nach Möglichkeit ist die Wohn+Stadtbau mit der Ausführung zu beauftragen.

Beanka Ganser
Wolfgang Heuer
Anika Bergner
Philipp Gabriel
Anne Hakenes
Marianne Hopmann
Ralf Hubert

Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Karsten Rahn
Udo Reiter

Moritz von Schmeling
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsen
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter



05.11.2007

Antrag

Münster – eine wachsende Stadt
- Wir schaffen
bezahlbaren und familienfreundlichen Wohnraum
durch eine strategische Wohnstandortentwicklung –

Der Rat möge beschließen:

1. Die Wohnbaulandentwicklung wird in den nächsten Jahren unter folgenden Gesichtspunkten erfolgen:
 - a. Die Erweiterung von Stadtteilzentren mit ihren schon bestehenden Infrastruktureinrichtungen muss Vorrang besitzen. Insbesondere Splittersiedlungen im Außenbereich sollen vermieden werden.
 - b. Neue Wohnbaugebiete müssen durch Wegenetze und ÖPNV an die Innenstadt und die Stadtteilzentren sowie an die großen Dienstleistungszentren und Gewerbegebiete (z.B. Zentrum Nord, Gewerbegebiet Loddenheide) angebunden werden.
2. Die Verwaltung erstellt ein Grundstückskataster mit Darstellung aller unbebauten Grundstücke und Konversionsflächen, um die Bebaubarkeit bzw. Maßnahmen zur Bebaubarkeit dieser Flächen aufzuzeigen. Dieses Grundstückskataster wird parallel zum Bericht zur Wohnbaulandentwicklung jährlich dem Rat vorgelegt.
3. Die Verwaltung zeigt Wege auf, wie das Angebot von Wohnungen durch den Bau von Mehrfamilienhäusern im gesamten Stadtgebiet nachfragegerecht gestaltet werden kann. Dabei müssen besonders familienfreundliche Bedarfe und Kriterien ebenso Berücksichtigung finden wie Anforderungen von Alleinerziehenden und Senioren. Modellhafte Projekte des Mehrgenerationenwohnens sind zu fördern.
4. Zur Stabilisierung von bestehenden Wohnquartieren sollen attraktive Wohnangebote für Menschen in allen Lebenssituationen innerhalb der Siedlungsbestände geschaffen werden.
5. Bei der Entwicklung von Wohnungsangeboten ist auch preisgebundener öffentlich geförderter Wohnraum bedarfsgerecht zu berücksichtigen, dieser soll immer mit frei finanziertem Wohnraum gemischt werden. Soweit bei vorhandenen Grundstücken private Investoren keine Bereitschaft zur Realisierung geförderten Wohnraums zeigen, ist die Wohn- und Stadtbau GmbH als städtische Tochter mit der Realisierung entsprechender Baumaßnahmen zu beauftragen.

Die Verwaltung prüft des Weiteren, welche zusätzlichen Anreize für Investoren geschaffen werden können, sich im sozialen Wohnungsbau zu betätigen.

Begründung:

1. Strategische Bevölkerungsentwicklung

Münster steht vor einer großen Herausforderung. Die Einwohnerentwicklung wird in den nächsten 15 Jahren in Münster stagnieren, wenn es nicht gelingt, dem Fortzug junger Familien ins Umland entgegenzuwirken. Dabei ist ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum von existentieller Bedeutung, da Münster als Oberzentrum eine sehr kostenaufwändige Infrastruktur unterhält, die über den städtischen Bedarf hinausgeht.

Als Universitätsstadt mit rund 40.000 Studenten hat Münster beste Voraussetzungen für eine wachsende Stadt. Dies gelingt nicht ohne attraktiven und bezahlbaren Wohnraum für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen.

Schon die Fortschreibung des Handlungsprogramms Wohnen (V351/2005) zeigt auf, dass jährlich 900 bis 1500 neue Wohnungen gebaut werden müssen. Allein im Mehrfamilienhausbereich sind pro anno 600 bis 1000 neue Wohnungen notwendig. Darüber hinaus werden 300 bis 500 Ein- bzw. Zweifamilienhäuser benötigt.

2. Preisgebundener öffentlich geförderter Wohnraum

Bis zum Jahre 2016 wird die Anzahl der preisgebundenen Mietwohnungen von 11.900 WE auf 7.000 WE sinken, so zu entnehmen dem Handlungsprogramm Wohnen – Fortschreibung (V351/2005) und dem Bericht des Amtes für Wohnungswesen (V 0771/2006). Mit der Konsolidierung des städtischen Haushaltes wurden erhebliche Einsparungen bei den Unterkunftskosten nach SGB II beschlossen. Diese Einsparungen können nur mit einem entsprechenden Bestand an preisgebundenen öffentlich geförderten Wohnraum umgesetzt werden. Daher besteht im Hinblick auf das Erreichen des Konsolidierungszieles hier dringender Handlungsbedarf.

gez.

H.-Dieter Sellenriek

Frank Baumann

Sybille Benning

Georg Berding

Meik Bolte

Heinz-Georg Buddenbäumer

Elfriede Dalla Riva-Hanning

Edgar Drüge

Dr. Dietmar Erber

Markus Funk

Richard M. Halberstadt

Eleonore Heyne

Christoph Jahn

Horst Kisnat

Rolf Klein

Karl Kleine-Wilke

Marliese Kosmider

Franz-Pius Graf von Merveldt

Dieter Maager

Josef Messing

Ursula Möllers

Andreas Nicklas

Robert Otte

Karin Reismann

Josef Rickfelder

Ursula Schaffstein

Günter Schulze Blasum

Barbara Stober

Stefan Weber

Helga Welker

Simone Wendland

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Fraktionsgeschäftsstelle

Mauritzstraße 7-8 · 48143 Münster

Telefon (0251) 4 18 43-0 · Telefax (0251) 4 31 36

e-mail fraktion@cdu-ms.de · <http://www.cdu-ms.de>

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



Antrag

03.12.2007

Münzstr. 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfrak@muenster.de
www.spd-muenster.de

Handeln für den Wohnstandort Münster: 8.000 neue Wohnungen in fünf Jahren

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Stadt Münster startet die Initiative „8.000 neue Wohnungen in fünf Jahren.“ Sie strebt damit eine deutliche Erhöhung des Wohnungsbestandes an und ergreift hierfür u. a. folgende Maßnahmen:

1. Die Stadt Münster strebt an, in den kommenden Jahren deutlich mehr Grundstücke für den Wohnungsbau bereitzustellen. Ziel dieser Initiative ist es, die Liegenschaftspolitik der Stadt künftig stärker und vordringlich darauf auszurichten, dass Grundstücke in ausreichender Zahl und in einem günstigen Preis-/Leistungsverhältnis zur Verfügung stehen, um neue Wohnungen zu errichten. Entsprechend ist bei der Fortschreibung des „Baulandprogramms 2010“ auf den Mangel an Baulandressourcen für den Wohnungsbau zu reagieren. Potentiellen Investoren am Wohnungsmarkt (Private, Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften) sollen zügig Grundstücke angeboten werden können. Dabei sollen insbesondere Grundstücke in innerstädtischen und integrierten Lagen zur Verfügung gestellt werden (Innenstadt, innenstadtnahe Stadtteile, Stadtteile mit besonders guter Verkehrsanbindung und Infrastruktur). Auch sollte geprüft werden, ob ggf. auch einzelne Gewerbegrundstücke, die erkennbar nicht vermarktbar und zugleich für Wohnzwecke geeignet erscheinen, planungsrechtlich für Wohnbauzwecke umgewandelt werden können.
2. Die Stadt Münster strebt an, eine Erhöhung des Wohnungsbestandes auch durch Aufstockung und Umnutzung im Bestand zu erreichen. Hierfür ist u.a. zu prüfen, welche Büro- und Gewerbeimmobilien vor allem in innerstädtischen Lagen zu Wohnraum umgewandelt werden können (Umnutzung). Weiter werden Möglichkeiten für eine maßvolle Nachverdichtung und qualitative Anpassung im Bestand (Aufstockung, Baulücken) geprüft.
3. Die Stadt Münster strebt eine Stärkung der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft als weiterer Säule zur Schaffung von sicherem und preisgünstigem Wohnraum an. Hierfür wird sie geeignete Maßnahmen prüfen, potentiellen Genossenschaftlern/innen den Zugang zu Informationen

und fachlicher Beratung zu erleichtern, beispielsweise durch eine Erweiterung der Beratungsangebote der Stadt oder durch eine Förderung der Beratung durch Dritte. Weiter soll geprüft werden, wie die Vergabe von Grundstücken an Genossenschaften günstig gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang sind auch neue Wohnmodelle und Gemeinschaftsprojekte zu sehen.

4. Vor dem Hintergrund fehlender attraktiver Grundstücke für den Mehrfamilienhausbau prüft die Verwaltung in Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft, ob und in welchem Umfang in städtischen Neubaugebieten bisherige planerische Festlegungen geändert werden sollen zu Gunsten von mehr Mehrfamilienhausbau.
5. Bei der Vergabe städtischer Wohnbaugrundstücke sollen verstärkt soziale Kriterien (bezüglich Basiskaufpreis, Einkommensgrenzen, Familienförderung, Berücksichtigung behinderter oder pflegebedürftiger Angehöriger etc.) sowie die Förderung besonderer Wohnprojekte zur Anwendung kommen. Die Richtlinien sollen entsprechend überarbeitet werden.
6. Wegen der anstehenden verstärkten wohnungspolitischen Anstrengungen zur Schaffung preiswerten Wohnraums ist zu prüfen, ob die seit einigen Jahren erfolgenden Zahlungen der „Wohn+Stadtbau“ an den städtischen Haushalt im Wohnungsunternehmen verbleiben können.

Begründung:

Die Wohnungspolitik der Stadt Münster war in den letzten Jahren geprägt durch konzeptionelle Weiterentwicklungen und konsensuale Beschlüsse der Politik zur Lösung der anstehenden Probleme bei der Wohnraumversorgung in Münster. Dabei wurden vor allem neue Strategien entwickelt, um auf den demographischen Wandel und die pluralisierten Lebensstile zu reagieren. Es ist nunmehr jedoch ein gravierendes Handlungsdefizit festzustellen: Der öffentlich geförderte Mietwohnungsbestand schrumpft dramatisch. Bis zum Jahr 2016 wird die Zahl auf 7.000 Wohnungen sinken, im Jahr 2005 waren es noch 11.500. Die Wohnungsbautätigkeit der letzten Jahre war nicht ausreichend, um nachhaltig und langfristig Wohnungen für alle Münsteranerinnen und Münsteraner in allen Preissegmenten zur Verfügung zu stellen. Sie reichte insbesondere nicht aus, um den sozialen Versorgungsauftrag sicherzustellen. Die Stadt Münster muss daher ihre Anstrengungen für die Erhöhung des Wohnungsbestandes massiv ausbauen, um einerseits die Versorgung mit Wohnraum als Teil der Daseinsvorsorge sicherzustellen und andererseits den Standort Münster zu stärken und zu sichern. Der Arbeitskreis Wohnen hat entsprechend in seiner 6. Sitzung am 31.10.2006 festgestellt, dass das wichtigste Handlungserfordernis die Erhöhung der Neubauzahlen in allen Marktsegmenten sei. Die städtische Wohnungspolitik muss daher nach Auffassung der SPD in der kommenden Zeit darauf ausgerichtet werden, hierfür die Möglichkeiten zu schaffen, u.a. durch Bereitstellung von Grundstücken, die Unterstützung von Investitionsprojekten und bestmögliche Beratung.

Zu den verstärkt zu prüfenden Maßnahmen zählt auch die Umnutzung von sog. „Nichtwohngebäuden“: Da durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen immer

wieder Gebäude ihre ursprüngliche Nutzung verlieren, kann hier durch eine Umnutzung zu Wohnzwecken eine neue realistische Zukunftsperspektive mit positiven Effekten für Stadtquartiere eröffnet werden; bestes Beispiel aus der Vergangenheit sind die ehemaligen Kasernen.

Nach allgemeiner fachlicher Einschätzung besteht am Wohnstandort Münster zudem ein Nachholbedarf im genossenschaftlichen Bereich: Hier sollte nach Auffassung der SPD nach Anreizmöglichkeiten gesucht werden, um diesen prinzipiell attraktiven Weg zum Aufbau und zur Sicherung preiswerten Wohnraums stärker zu etablieren; ggf. kann hier die „Wohn+Stadtbau“ als Kooperationspartner Impulse setzen.

Unklarheit und teilweise Uneinigkeit herrscht in der wohnungspolitischen Diskussion, ob die bisherigen Festlegungen zum Mix von Mehrfamilien- und Einfamilienhausbau in Neubaugebieten den Markterfordernissen entsprechen. Hier sollten in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft Standorte auf Bedarfe für Neufestlegungen zu Gunsten für den Mehrfamilienhausbau überprüft werden.

Der Bau selbstgenutzten Wohneigentums stellt für viele Bürger, insbesondere für junge Familien, ein wichtiges Element ihrer Lebensplanung dar. Die SPD verfolgt daher das politische Ziel, die Chance zur Eigentumsbildung breiten Bevölkerungskreisen zu eröffnen. Und auch aus verkehrspolitischen (Pendler) und landesplanerischen Gründen (Zersiedlung) sollte eine möglichst starke Wohnbautätigkeit im Oberzentrum Münster gebunden werden. Wesentlicher Hebel der Kommunalpolitik sind hierzu im Eigentumsbereich die Preise für städtische Grundstücke. Die Richtlinien sollen dahingehend geändert werden, dass breiteren Bevölkerungskreisen als bislang das Bauen/Wohnen in Münster ermöglicht wird. Auch die Chance zur Berücksichtigung besonderer Wohnprojekte sollte im Zusammenhang mit veränderten Vergaberichtlinien geklärt werden.

Wolfgang Heuer
Anika Bergner
Hedwig Chudziak
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes
Marianne Hopmann

Ralf Hubert
Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Udo Reiter
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter